

Wochenbericht

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Urlaub in Deutschland: Erwerbstätige nutzen ihren Urlaubsanspruch oftmals nicht aus

Christian
Saborowski
csaborowski
@diw.de

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

Gert G. Wagner
gwagner@diw.de

Deutschland wird immer wieder als „Freizeitpark“ bezeichnet, in dem die Arbeitszeiten kurz, der Urlaub dagegen lang ist. Im internationalen Vergleich werden für inländische abhängig Beschäftigte nur 1 397 Stunden pro Jahr statistisch ausgewiesen, in den USA und Japan dagegen 1 829 bzw. 1 840¹ Stunden. Besonders in der verarbeitenden Industrie liegt Deutschland beim Jahresurlaub und bei bezahlten Feiertagen vorn.²

Die vom DIW Berlin zusammen mit Infratest Sozialforschung erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen freilich, dass 30 % der abhängig Beschäftigten³ ihren Jahresurlaub 1999 nicht vollständig ausgenutzt haben. Von den etwa 936 Mill. Tagen Urlaubsanspruch, die sich aus den Angaben der Befragten ergeben, wurden nur rund 870 Mill. Tage effektiv genommen. Von 28 Tagen Urlaubsanspruch nahmen die Befragten im Durchschnitt nur 26 Tage.

Da unter denjenigen, die einen verkürzten Jahresurlaub nehmen, besonders viele jüngeren Alters sind, die Überstunden machen und hoch qualifiziert sind, kann man annehmen, dass sie die zusätzlichen Arbeitstage als Investition in ihr Humankapital bzw. ihre Karriere betrachten.

Selbständige nahmen im Jahre 1999 durchschnittlich nur 14 Urlaubstage. Hingegen schöpften Beamte, darunter auch Beamte in höherer Stellung, ihren Jahresurlaub (im Schnitt 30 Urlaubstage) nach eigenen Angaben weitgehend aus.

Urlaub ist „bezahlte Freizeit, die der Wiederherstellung und Erhaltung der Arbeitskraft des Arbeitnehmers dienen soll“.⁴ Gesetzlich ist der „Erholungsurlaub“ für Arbeitnehmer im Bundesurlaubsgesetz⁵ vom 8. Januar 1963 geregelt.⁶ Danach hat jeder Arbeitnehmer Anspruch auf bezahlten Erholungsurlaub. Die Mindestdauer des „Erholungsurlaubs“ beträgt 24 Werktagen pro Jahr. Genauer ist zumeist in den Tarifverträgen der einzelnen Branchen geregelt.⁷

¹ Vgl. OECD: Labour Statistics, www.oecd.org/scripts/cde/queryScreen.asp?DSET=CDELFS_C1T10D&SETNAME=Average+actual+annual+hours+worked+per+person+in+employment&DBASE=LFS_DATA&EMAIL=&DBNAME=Labour+Market+Statistics+%2D+DATA

² Vgl. iwd – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 16 vom 17. April 2003, www.iwkoeln.de/

³ Auf die Gruppe der Lehrer wurde aufgrund möglicher Fehlinterpretationen der Fragen nach dem Urlaubsanspruch und dem tatsächlich genommenen Urlaub verzichtet (Identifikation von Urlaub mit Schulferien). Sie tauchen weder in der Gruppe der Beamten noch in der Gruppe der abhängig Beschäftigten auf.

⁴ Vgl. Gabler Wirtschafts-Lexikon, 8 Bde. Wiesbaden 2000.

⁵ Vgl. Arbeitsgesetze, 54. Aufl. München, C. H. Beck.

⁶ Zuletzt geändert durch Art. 2 des Arbeitsrechtlichen Gesetzes zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 25. September 1996.

⁷ Vgl. WSI-Tarifhandbuch, www.boeckler.de/wsi/tarchiv/

Nr. 15/2004

71. Jahrgang / 8. April 2004

Inhalt

Urlaub in Deutschland: Erwerbstätige nutzen ihren Urlaubsanspruch oftmals nicht aus Seite **171**

USA: Geschichte einer ungewöhnlichen Rezession Seite **177**

Unkorrigiert!

Sperrfrist:

Mittwoch, 7. April 2004, 17 Uhr!

A 22127 C

Im Bezugsjahr der Analyse – dem Jahr 1999 – betrug der durchschnittliche tarifliche Urlaubsanspruch für abhängig Beschäftigte 31 Tage in den alten und 30 Tage in den neuen Bundesländern.⁸ Der durchschnittliche Urlaubsanspruch ist damit im alten Bundesgebiet seit dem Jahr 1960 um über 100 % und im neuen Bundesgebiet seit 1991 um ein Fünftel gestiegen.⁹

Die gesetzlichen und tariflichen Vorschriften zum Urlaubsanspruch verpflichten den Arbeitgeber, dem Arbeitnehmer das in der Höhe festgelegte Mindestmaß an Erholungsurlaub einzuräumen. Dem Arbeitgeber steht es frei, seinen Arbeitnehmern auch mehr Urlaub zu gewähren.¹⁰ Umgekehrt verbleibt die tatsächliche Ausnutzung des Urlaubsanspruchs in der Verfügung des Arbeitnehmers.

Tabelle 1

Durchschnittlicher Urlaubsanspruch nach Beschäftigungsformen¹

	Durchschnittlicher Anspruch auf Urlaub in Werktagen pro Jahr	Anteil Beschäftigter ohne Urlaubsanspruch in %
Voll erwerbstätig	29,4	1,1
Teilzeitbeschäftigt	26,4	7,6
Geringfügig beschäftigt	10,6	37,9
Insgesamt	28,1	4,3

¹ Angaben abhängig Beschäftigter für das Jahr 1999.

Quellen: SOEP 2000; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Jahresarbeitszeit statistisch schwer zu erfassen

Auf Basis des tarifvertraglichen Urlaubsanspruchs und orientiert an den Richtlinien der „Resolution Concerning Statistics of Hours of Work“¹¹ werden Jahresarbeitsstunden für internationale Vergleiche berechnet. Diese zeigen, dass in Deutschland im Vergleich zu den USA oder Japan weniger gearbeitet wird.

Die dabei verwendeten Zahlen sind die so genannten „tatsächlich geleisteten Jahresarbeitsstunden“. Das sind die bezahlten Arbeitsstunden abzüglich der bezahlten, aber nicht geleisteten Stunden; dazu gehören etwa Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit, krankheitsbedingte Abwesenheit und der Jahresurlaub.¹² Für den durchschnittlichen Jahresurlaub werden dabei die tariflichen Durchschnittswerte übernommen. Diese Werte sind allerdings überhöht, wenn der Tarifurlaub nicht vollständig ausgenutzt wird. Darüber liegen bislang – nicht nur in Deutschland – praktisch keine statistischen Ergebnisse vor. Deswegen hat das DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung im Rahmen der Erhebung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Jahre 2000 den „effektiven Jahresurlaub“ für das Jahr 1999 erhoben.¹³

Die vorliegenden Zahlen zum durchschnittlichen Urlaubsanspruch beruhen auf Angaben der Befragten und unterscheiden sich deutlich von den tariflichen Durchschnittswerten von 30 bis 31 Tagen pro Arbeitnehmer. Ausschlaggebend für diese Differenz ist vor allem der Einfluss der Teilzeitbeschäftigten mit nur anteiligem Urlaubsanspruch bzw. der geringfügig oder kurzfristig Beschäftigten, die oftmals gar keinen Urlaubsanspruch haben. Faktisch werden die tariflichen und gesetzlichen Vereinbarungen zum Urlaub durch diese geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse unterlaufen.

Tabelle 2

Tatsächlich genommene Urlaubstage und Urlaubsanspruch im Jahre 1999¹

	Urlaubstage ²	Kein Urlaub in % ³	Urlaubsanspruch in Tagen	Nicht ausgenutzter Urlaub in Tagen ⁴
Selbständige	14,2	28,2		
Abhängig Beschäftigte ⁵	26,0	4,2	28,1	2,2
Beamte	29,6	2,9	31,7	2,0
Arbeiter	25,4	5,6	27,3	2,0
Meister	25,8	4,1	28,8	3,0
Angestellte	26,3	3,2	28,4	2,3
Auszubildende	23,8	4,8	25,9	2,4
Insgesamt	25,0	6,8	28,1	2,2

¹ Angaben der Erwerbstätigen für das Jahr 1999.

² Tatsächliche Anzahl der Urlaubstage im gewichteten Mittel.

³ Prozentualer Anteil der Befragten, die angaben, keinen Urlaub genommen zu haben.

⁴ Differenz aus Urlaubsanspruch und tatsächlich genommenen Urlaubstagen.

⁵ Ohne Lehrer.

Quellen: SOEP 2000; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

⁸ Zwischen den Angaben der Befragten und den tariflichen Durchschnittswerten zum Urlaubsanspruch besteht eine deutliche Differenz. Dies ist, wie im Folgenden näher erläutert wird, darauf zurückzuführen, dass in den SOEP-Daten auch geringfügig und in Teilzeit Beschäftigte in die Berechnung des Durchschnitts eingehen.

⁹ Vgl. Statistik des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, www.bmgs.bund.de/download/statistiken/stat2001/stb4_9.xls

¹⁰ In Abstimmung mit den betrieblichen Erfordernissen bestimmt der Arbeitgeber in der Regel auch die terminliche Lage des Urlaubs mit.

¹¹ Vgl. International Labour Organization: Resolution Concerning Statistics of Hours of Work Adopted by the Tenth International Conference of Labour Statisticians, Genf, Oktober 1962, www.ilo.org/public/english/bureau/stat/download/res/hours.pdf

¹² Vgl.: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Erläuterungen, www.statistik-hessen.de/erwerbsstaetigenrechnung/erlaeuterungen.htm

¹³ Gefragt wurde sowohl nach der Höhe des jährlichen Urlaubsanspruchs in Arbeitstagen im Bezugsjahr 1999 als auch nach der Anzahl tatsächlich genommener Urlaubstage im selben Jahr. Insgesamt liegen vollständige Urlaubsangaben für etwa 10 000 abhängig Beschäftigte und Angaben für 1 200 selbständig Erwerbstätige vor.

Aus Tabelle 1 werden die Ursachen für die Unterschiede zwischen tariflichen Durchschnittswerten und den Angaben der Befragten zum Urlaubsanspruch deutlich: Die Vollzeitbeschäftigten nannten einen durchschnittlichen Urlaubsanspruch von knapp 30 Tagen. Die Befragten, die 1999 nur über einen beschränkten Zeitraum hinweg vollzeitbeschäftigt waren, hatten naturgemäß einen geringeren Urlaubsanspruch. Dies erklärt die verbleibende geringfügige Differenz zu den tariflichen Durchschnittswerten von 30 bis 31 Werktagen. Die untersuchte Differenz zwischen Urlaubsanspruch und tatsächlichen Urlaubstagen würde sich also durch die Verwendung der tariflichen Zahlen noch deutlich vergrößern.

In Deutschland wird mehr gearbeitet als statistisch ausgewiesen

Von allen Erwerbstätigen (einschließlich Auszubildenden) gaben 7 % an, im Jahre 1990 überhaupt keinen Urlaub genommen zu haben. Besonders ausgeprägt war diese Verhaltensweise bei Selbständigen, von denen 28 % im vorangegangenen Jahr nicht einen einzigen Urlaubstag genommen hatten. Insgesamt nahmen Selbständige nach eigenen Angaben im Durchschnitt nur 14 Urlaubstage pro Jahr.¹⁴

3 % der abhängig Beschäftigten haben mehr Urlaub genommen, als ihnen eigentlich tariflich zustand.¹⁵ Das ist möglich, da man den Urlaubsanspruch innerhalb bestimmter Zeiträume von einem Jahr ins andere übertragen kann. Umgekehrt kann sich der Urlaubsanspruch verringern, wenn in den vergangenen Jahren zu viel Urlaub genommen wurde.¹⁶ Bei einem durchschnittlichen Urlaubsanspruch von 28 Tagen kamen die abhängig Beschäftigten nach eigenen Angaben per saldo auf 26 genommene Urlaubstage im Jahr.

Insgesamt überwiegen dabei mit 30 % deutlich diejenigen, die ihren Jahresurlaub nicht vollständig ausschöpften, gegenüber denjenigen, die mehr Urlaub nahmen, als ihnen zustand. Daraus resultierte für die abhängig Beschäftigten eine Reduktion des „Urlaubsvolumens“ von tariflich garantiert 936 Mill. auf 870 Mill. Tage bzw. 93 %.

Die volkswirtschaftlichen Zahlen zur durchschnittlichen Jahresarbeitszeit überschätzen also das tatsächliche Arbeitsvolumen in Deutschland merklich. Da der größte Teil des nicht genutzten Urlaubsanspruchs auf Höherqualifizierte entfällt, die sich diesen Urlaub auch nicht auszahlen lassen, folgt daraus auch eine Überschätzung der durchschnittlichen Produktivität der Betriebe, wenn diese durch den Quotienten aus Produktionsmenge und Arbeitsstunden errechnet wird.¹⁷

Tabelle 3

Strukturen der Unterausschöpfung von Urlaub¹

Ergebnisse einer binären logistischen Regression

Unabhängige Variablen ³	Veränderung der Wahrscheinlichkeit gegenüber den Referenzkategorien ²	Signifikanz
Alterskategorien		
15 bis 24 Jahre	1,415	0,034
25 bis 34 Jahre	1,286	0,049
35 bis 44 Jahre	1,279	0,041
45 bis 54 Jahre	1,215	0,124
Referenz: 55 Jahre und älter		
Wochenstundenkategorien		
46 bis 60 Stunden	1,900	0,000
61 Stunden und mehr	2,282	0,000
Referenz: bis 45 Stunden		
Branchen		
Baugewerbe	1,490	0,002
Datenverarbeitung	1,492	0,168
Erziehung und Unterricht	0,659	0,023
Kohlebergbau	0,099	0,025
Gesundheits-/Veterinärwesen	0,662	0,000
Handel	0,951	0,620
Verarbeitendes Gewerbe	0,849	0,050
Referenz: Sonstige		
Betriebsgröße (Beschäftigte)		
unter 5	1,788	0,000
5 bis unter 20	1,752	0,000
20 bis unter 100	1,588	0,000
100 bis unter 200	1,214	0,081
Referenz: 200 und mehr		

Abhängige Variable: Positive Differenz aus Urlaubsanspruch und tatsächlichem Urlaub in Werktagen (ja = 1, nein = 0).

Cox & Snell R-Quadrat: 0,059.

1 Angaben der abhängig Beschäftigten für das Jahr 1999.
2 Odds-Ratio.

3 Weitere Variablen, die nicht in der Tabelle dargestellt sind: Konstante, Verdienstkategorie und Familienstand.

Quellen: SOEP 2000; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

14 Man kann allerdings annehmen, dass Selbständige einzelne Tage, die sie sich freinehmen, nicht als Urlaub angeben, sondern nur zusammenhängende Urlaubstage als solchen bezeichnen. Da abhängig Beschäftigte jedoch auch z. B. für Familienfeste oder den Besuch von Beredigungen Urlaub nehmen müssen, wird deren Erholungsurlaub durch die Befragung eher überschätzt.

15 Der von den Beamten angegebene durchschnittliche Urlaubsanspruch liegt mit 32 Tagen besonders hoch. Zurückzuführen ist dies auf die zusätzlich zum Erholungsurlaub bestehenden Ansprüche auf Arbeitsfreistellung. Dazu gehört neben dem Sonder- und dem Bildungsurlaub auch die jährliche Arbeitsfreistellung für einen Werktag.

16 Anhand der Querschnittsdaten ist es nicht möglich, individuell herauszufiltern, ob ein Befragter Urlaub aus anderen Jahren in das Bezugsjahr übertragen hat oder aus dem Bezugsjahr in andere Jahre übertragen wird. Geht man jedoch von einem über die Jahre gleichbleibenden „Ausschöpfungsverhalten“ aus, so gleichen sich die Verschiebungen für ein Bezugsjahr im Gesamtvolumen gegenseitig aus.

17 Insgesamt ergibt sich für jede Untersuchung die Schwierigkeit, dass die angegebene Arbeitszeit eigentlich nicht nur in Bezug auf ein bestimmtes Jahr analysiert werden kann. Vielmehr müsste in einer „individuellen Längsschnittperspektive“ die Gestaltung der Lebensarbeitszeit jedes einzelnen Befragten betrachtet werden. Denn ein Urlaubsanspruch kann beispielsweise auch deshalb ungenutzt bleiben, weil sich damit durch Schaffung von „Zeitkonten“ mehr Spielraum bei der individuellen Lebensplanung, etwa einem früheren Renteneintritt, „erkauft“ wird („Entkopplung von Arbeitszeit und Entgelt“); vgl. Andreas Hoff: Arbeitszeitflexibilisierung und Entgelt. In: Dieter Wagner und Ernst Zander: Handbuch des Entgeltmanagements. München 2004 (im Druck). Gerade vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, Produktivitätsvergleiche nicht nur mit Blick auf die Beschäftigtenzahl, sondern auch auf die tatsächliche Arbeitsstundenanzahl (unter Berücksichtigung der tatsächlichen Ausnutzung der arbeitsfreien Tage) anzustellen.

Tabelle 4

Nicht ausgenutzter Urlaub¹

	Nicht ausgenutzter Urlaub in Tagen	Weniger Urlaub als Anspruch in %	Mehr Urlaub als Anspruch in %
Berufliche Stellung			
Volontäre, Praktikanten	3,91	35	0
Gewerblich-technische Auszubildende	1,40	20	2
Kaufmännische Auszubildende	2,25	20	3
Sonstige Auszubildende	2,83	34	3
Ungelernte Arbeiter	1,83	23	4
Angelernte Arbeiter	1,84	24	2
Gelernte und Facharbeiter	2,01	26	1
Vorarbeiter, Kolonnenführer	2,32	29	6
Meister, Polier	3,02	34	4
Angestellte mit einfacher Tätigkeit ohne Ausbildungsabschluss	2,70	29	5
Angestellte mit einfacher Tätigkeit mit Ausbildungsabschluss	1,57	22	2
Angestellte mit qualifizierten Tätigkeiten	1,86	26	3
Angestellte mit hoch qualifizierten Tätigkeiten, Leitung	2,65	33	2
Industrie- und Werkmeister	2,93	37	0
Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben	7,19	59	1
Beamte im einfachen Dienst	4,47	34	0
Beamte im mittleren Dienst	2,38	27	3
Beamte im gehobenen Dienst	1,52	18	4
Beamte im höheren Dienst	1,85	22	4
Geschlecht			
Männlich	2,32	30	2
Weiblich	1,99	26	3
Gelegentlicher Nebenerwerb			
Trifft zu	4,34	45	5
Trifft nicht zu	2,12	27	3
Überstunden leisten			
Trifft zu	2,37	30	3
Trifft nicht zu	1,59	20	2

¹ Angaben abhängig Beschäftigter für das Jahr 1999.

Quellen: SOEP 2000; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Junge Erwerbstätige und Höherqualifizierte nutzen Urlaubsanspruch nicht aus

Im SOEP wird nicht nach den Motiven für die Nichtinanspruchnahme von Urlaub gefragt. Jedoch legen die Ergebnisse anderer Studien nahe, dass Erwerbstätige ihren Urlaubsanspruch oft deshalb nicht ausnutzen, weil sie kurzfristig Geld aus Überstunden oder Akkord benötigen bzw. die Mehrarbeit als Investition in ihr Humankapital („learning-on-the-job“) betrachten.¹⁸ Vor allem jüngere Befragte und Ledige, die zudem oft lange Arbeitszeiten haben (vereinbarte Arbeitszeit plus Überstunden und Nebenerwerb), schöpfen ihren Urlaubsanspruch schlecht aus (Tabellen 3 und 4). Je höher die berufliche Stellung, desto stärker sinkt die Urlaubsausnutzung. Dabei zeigt sich, dass eine geringere Ausnutzung des Urlaubsanspruchs mit einer niedrigeren Arbeitszufriedenheit und sogar Lebenszufriedenheit einhergeht (Tabelle 5).¹⁹

Im Vergleich mit anderen Berufsgruppen zeigt sich für die Beamten ein bemerkenswertes Bild. Auffällig ist die bereits erwähnte vergleichsweise hohe Zahl tatsächlich genommener Urlaubstage. Darüber hinaus scheint die prozentuale Ausnutzung des Urlaubsanspruchs bei den Beamten mit steigender beruflicher Stellung besser zu werden. Bei den anderen Berufsgruppen ist es genau umgekehrt.

Neben der Beschäftigungsform hat auch die Betriebsgröße einen Einfluss auf die Unterausnutzung des Urlaubsanspruchs: Mit steigender Anzahl der Beschäftigten im Betrieb wird der Tarif-

¹⁸ Vgl. Markus Pannenberg: Long-Term Effects of Unpaid Overtime: Evidence for West Germany. IZA Diskussionspapier Nr. 614. Bonn 2002.¹⁹ Vgl. OECD Employment Outlook: Towards More and Better Jobs. Chapter 1, 3B: Long Hours and Headaches: Some Indicators of Working Conditions. Paris 2003.

Tabelle 5

Einfluss der Unterausschöpfung von Jahresurlaub und anderer Merkmale auf die Lebens- und Arbeitszufriedenheit¹

Ergebnisse von OLS-Regressionen

Unabhängige Variablen	Lebenszufriedenheit		Arbeitszufriedenheit	
	Koeffizient	Signifikanz	Koeffizient	Signifikanz
Urlaub nicht ausgenutzt	-0,187	0,000	-0,321	0,000
Geschlecht				
Männlich	0,139	0,005	-0,007	0,937
Alterskategorien				
15 bis 24 Jahre	0,724	0,000	0,518	0,013
25 bis 34 Jahre	0,465	0,000	0,466	0,003
35 bis 44 Jahre	0,132	0,096	0,169	0,246
45 bis 54 Jahre	0,076	0,356	0,096	0,526
Referenz: 55 Jahre und älter				
Wochenstundenkategorien				
46 bis 60 Stunden	-0,116	0,060	0,129	0,259
61 Stunden und mehr	-0,559	0,001	-0,677	0,037
Referenz: bis 45 Stunden				
Verdienstkategorien				
Mehr als 12 000 Euro	0,876	0,000	0,876	0,000
Referenz: 0 bis 12 000 Euro				
Branchen				
Baugewerbe	-0,019	0,872	-0,766	0,000
Datenverarbeitung	0,229	0,279	0,190	0,626
Erziehung und Unterricht	-0,116	0,177	-0,188	0,235
Kohlebergbau	0,031	0,918	-0,188	0,739
Referenz: Sonstige				
Betriebsgröße (Beschäftigte)				
Unter 5	-0,235	0,012	-0,191	0,267
5 bis unter 20	-0,033	0,611	-0,083	0,483
20 bis unter 100	-0,052	0,374	-0,175	0,102
100 bis unter 200	-0,104	0,172	-0,148	0,290
Referenz: 200 und mehr				
Familienstand				
Verheiratet, aber getrennt lebend	-0,709	0,000	0,550	0,093
Ledig	-0,217	0,001	-0,178	0,127
Verwitwet	-0,328	0,078	-0,098	0,775
Referenz: Verheiratet zusammenlebend				
Berufliche Stellung				
Meister	0,068	0,644	0,320	0,234
Angestellte	0,217	0,000	0,175	0,058
Beamte	0,436	0,000	0,100	0,594
Referenz: Auszubildende, Arbeiter				
Konstante	7,010	0,000	5,706	0,000
Korrigiertes R ²	0,033		0,008	

Abhängige Variablen: gegenwärtige Lebenszufriedenheit sowie Arbeitszufriedenheit nach Angaben der Befragten.

¹ Angaben abhängig Beschäftigter für das Jahr 1999.

Quellen: SOEP 2000; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

urlaub effektiver ausgeschöpft. Ausschlaggebend für diesen Zusammenhang ist wahrscheinlich nicht nur die in kleinen Betrieben oft gegebene

„betriebsbedingte Unabkömmlichkeit“, sondern auch die stärkere persönliche Bindung zum kleineren Betrieb. Eine geringere Inanspruchnahme

von Urlaubsansprüchen kann den Betrieben helfen, Auftragsspitzen abzubauen oder die Personalkosten zu reduzieren.²⁰

Im Branchenvergleich steht eine sehr effektive Urlaubsausnutzung im Kohlebergbau, dem verarbeitenden Gewerbe, dem Veterinär- und Gesundheitswesen und – wenig überraschend – im Bereich Erziehung und Unterricht einer besonders geringen Nutzung im Baugewerbe und in der Datenverarbeitung gegenüber.

Fazit

Im internationalen Vergleich steht abhängig Beschäftigten in Deutschland viel Erholungsurlaub zu. Allerdings schöpfen 30 % von ihnen den tariflichen Urlaubsanspruch nicht vollständig aus. Insgesamt reduziert sich das Urlaubsvolumen um etwa 7 % jährlich. Da dies bei der amtlichen Berechnung von Jahresarbeitsstunden unberücksichtigt bleibt, wird die tatsächlich geleistete Jahresarbeitszeit der abhängig Beschäftigten in der volkswirtschaftlichen Betrachtung unterschätzt. Denn der tarifliche Urlaubsanspruch übersteigt den tatsächlich genommenen Urlaub. Daraus folgt, dass tatsächlich mehr gearbeitet wird als in den amtlichen Berechnungen angenommen. Da die meisten Beschäftigten sich den nicht genutzten Urlaubsanspruch nicht auszahlen lassen können, führt dies zu einer Überschätzung der Produktivität der Betriebe.

Bei der Inanspruchnahme von Urlaub spielt die individuelle Gestaltung der Lebensarbeitszeit eine gewichtige Rolle: Weniger Urlaub bedeutet für junge und gerade beruflich erfolgreiche Erwerbstätige vielfach eine Investition in ihr Humankapital, ihren Betrieb oder die Karriere. Entsprechend zeigt sich, dass gerade diejenigen Befragten, die diese Charakteristika erfüllen, auch höhere vereinbarte Arbeitszeiten aufweisen und eher zu Überstunden und der Ausnutzung von Nebenerwerbsquellen tendieren.

Freilich hängt die Ausnutzung des Jahresurlaubs nicht nur von den individuellen Entscheidungen der Beschäftigten ab. Die Untersuchungen haben gezeigt, dass Branchenzugehörigkeit und Betriebsgröße bei der Urlaubsausnutzung eine große Rolle spielen.

Nach eigenen Angaben machen Selbständige mit durchschnittlich nur 14 Tagen weniger Urlaub als abhängig Beschäftigte und insbesondere Beamte. Abhängig Beschäftigte nehmen mit 26 Tagen fast doppelt so viel Urlaub wie die Selbständigen.

²⁰ Eine verstärkte Inanspruchnahme von Langzeiturlaub kann zudem mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Zusammenhang stehen: In Krisenzeiten kann ein Unternehmen unbezahlten Langzeiturlaub für einen Teil seiner Beschäftigten als Möglichkeit wählen, um Entlassungen zu vermeiden. Gleichzeitig ist der unbezahlte Langzeiturlaub auch für das Unternehmen im Hinblick auf den langfristigen Erhalt von Betriebserfahrung personalpolitisch von Nutzen. Vgl. Joachim Paegle und Jürgen Grieger: Langzeiturlaub und Altersteilzeit als Ansätze zur Flexibilisierung der Arbeit. In: Joachim Gutmann (Hrsg.): Arbeitszeitmodelle. Die neue Zeit der Arbeit: Erfahrungen mit Konzepten der Flexibilisierung. Stuttgart 1999, S.144 f.

USA: Geschichte einer ungewöhnlichen Rezession

Die US-amerikanische Wirtschaft geriet zu Beginn des Jahres 2001 in eine Rezession, mit der die längste Aufschwungphase ihrer Geschichte zu Ende ging. Diesem Einbruch waren ein außergewöhnlicher Börsenboom, Anzeichen einer Überhitzung auf dem Arbeitsmarkt sowie eine beschleunigte Produktivitätsentwicklung vorausgegangen. Gemessen an Produktion, Investitionen und Konsumausgaben verlief die Rezession ausgesprochen mild. Inzwischen ist es zu einer deutlichen Erholung gekommen. Dies liegt vor allem an der starken antizyklischen Reaktion der Wirtschaftspolitik. Allerdings geht die Restrukturierung der Unternehmen bisher nur mit einer geringen Beschäftigungserholung einher. Zwei Ungleichgewichte werden die weitere Erholung in den USA belasten: das Leistungsbilanzdefizit und das öffentliche Defizit.

Ulrich Fritsche
ufritsche@diw.de

Ende der 90er Jahre: Überhitzung der Konjunktur und geldpolitische Bremse

Im Spätherbst des Jahres 2000 geriet der Konjunkturmotor in den USA ins Stocken, nachdem es den mit zehn Jahren am längsten währenden Aufschwung seit Beginn der Konjunkturaufzeichnungen¹ gegeben hatte. Dieser hatte bei einigen Beobachtern die Hoffnung genährt, starke konjunkturelle Schwankungen würden endgültig der Vergangenheit angehören.²

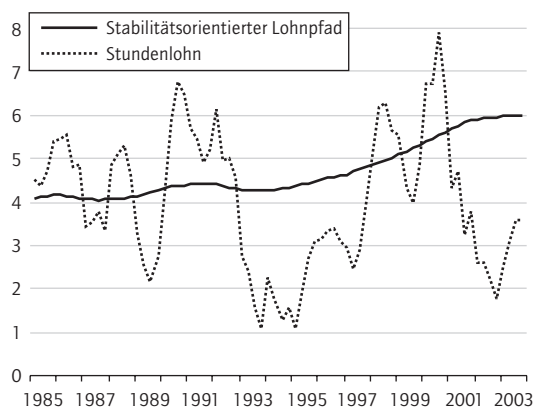
Ursachen und Auslöser konjunktureller Abschwünge können sowohl dem Konjunkturprozess innewohnende wie auch exogene Faktoren sein. Zu den endogenen Faktoren gehören Überhitzungserscheinungen am Ende einer Aufschwungphase, geräumte Arbeitsmärkte und damit Inflationsdruck sowie ein Umschwung im Anlageverhalten von Investoren nach dem Platzen von Blasen auf Aktien- oder Immobilienmärkten. Auch das Umschwenken der Geldpolitik auf einen restriktiveren Kurs angesichts einer Überhitzungsphase trägt ökonomisch endogenen Charakter, wenn die Zentralbank (Fed) stabilisierend gegensteuert. Zu den exogenen Faktoren zählen Ölpreisschocks, Kriege oder Terroranschläge, wie die USA sie am 11. September 2001 erlebten.

Tatsächlich sind die primären Ursachen der zurückliegenden Abschwächung in den USA konjunkturell endogener Natur: Im Gefolge der 1999 aufgrund einer boomenden Weltkonjunktur wieder steigenden Energiepreise, eines zunehmenden Lohndrucks sowie einer Hausse auf den Aktienmärkten – der Dow-Jones-Index kletterte von 4 000 Punkten im Jahre 1995 bis auf über 11 000 im Jahre 2000 – begann die Fed im Juni 1999 mit einer Reihe von Zinserhöhungen. Es hatten sich deutliche Anspannungstendenzen am Arbeitsmarkt ge-

Abbildung 1

Entwicklung des nominalen Stundenlohnes¹ und stabilitätsorientierter Lohnpfad 1985 bis 2003

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Unternehmenssektor ohne Landwirtschaft.

Quellen: Bureau of Labor Statistics;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

zeigt. Nachdem die frühen 90er Jahre noch von einer relativen Lohnzurückhaltung geprägt waren, nahm der Lohndruck deutlich zu, was durch ein stark gestiegenes Produktivitätswachstum abgemildert wurde. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des nominalen Stundenlohnes im Unternehmensbereich (ohne Landwirtschaft) im Vergleich zu einem stabilitätsorientierten Lohnpfad, der sich an der trendmäßigen Produktivität und der Zielinflations-

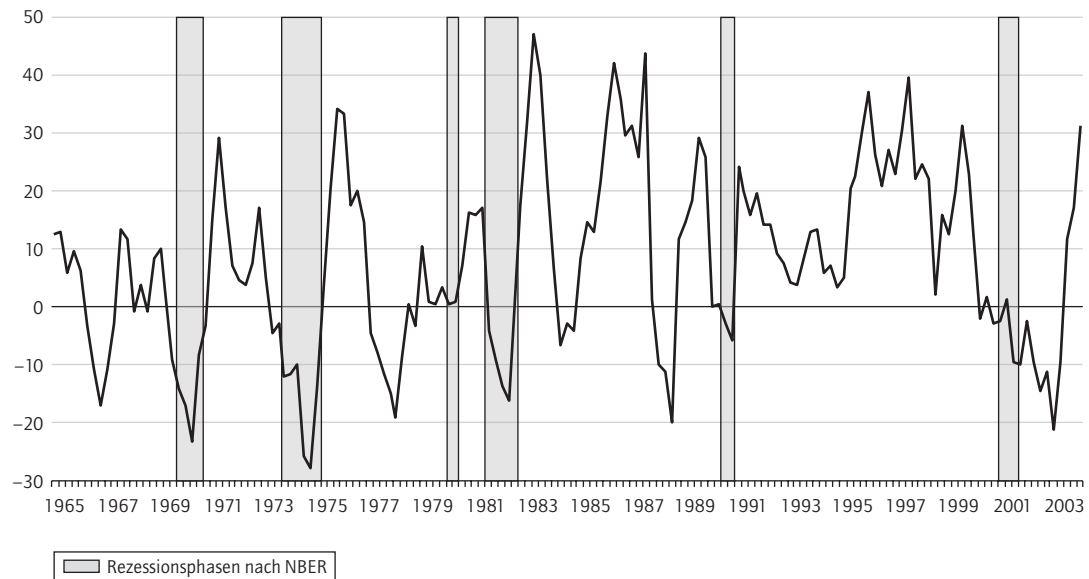
¹ Vgl. www.nber.org/cycles.html

² Vgl. Viktor Zarnowitz: Has the Business Cycle Been Abolished? NBER Working Paper No. 6367. London 1998.

Abbildung 2

Aktienmarktindex¹ und Rezessionsphasen 1965 bis 2003

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Dow-Jones-Index.

Quellen: NBER; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

rate orientiert.³ Dass der von der Lohnseite kommende Preisdruck nicht zu höherer Inflation führte, lag auch am Fallen des Ölpreises und der Aufwertung des US-Dollar.⁴ Auch wirkte die fiskalische Konsolidierung dämpfend auf die Preisentwicklung; die US-amerikanische Regierung hatte das Defizit in den 90er Jahren stark reduziert.

Der Einbruch am Aktienmarkt

Nachdem es in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu einem außerordentlichen Anstieg der Aktienkurse gekommen war, gingen diese in der Grundtendenz von Mitte 1999 bis Anfang 2003 zurück.

In Abbildung 2 wird ein wichtiger Unterschied zu anderen Rezessionsphasen sichtbar: Während die Aktienkurse meist erst kurz vor Beginn der Rezession einbrachen, setzte nun die Baisse deutlich früher ein. Diese Besonderheit deutet auf mehrere Probleme hin: Offenbar war vielen Anlegern in der Spätphase der Aktienmarkt euphorie klar geworden, dass sich ein „Blase“ herausgebildet hatte. Die Anpassungsreaktionen an solche Übersteigerungen sind im Allgemeinen kräftig und führen zu einer nachhaltigen und tiefen Korrektur von Erwartungen.⁵ Vor allem die Euphorie bezüglich der Ertragsaussichten von im IT-Bereich angesiedelten Firmen ging abrupt zu Ende. Der Aktienmarkt-

boom in den 90er Jahren hatte überdies Anreize gesetzt, die Bilanzrichtlinien „kreativ“ auszulegen – insbesondere wenn die Entlohnung von Managern an den Aktienmarkterfolg der Unternehmen gebunden worden war. Der Einbruch der Aktienkurse und die damit verbundene Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen von Unternehmen brachte zahlreiche „Luftbuchungen“ an das Tageslicht – prominentester Fall war der Enron-Skandal.⁶

Hinzu kam, dass die sich andeutende konjunkturelle Erholung durch die um sich greifende Verunsicherung nach den Anschlägen vom 11. September einen herben Rückschlag erlitt.⁷ Auch damit verschlechterten sich die Finanzierungsbedingungen noch einmal, und die konjunkturelle Erholung verzögerte sich.

3 In den USA gibt es eine weitgehend dezentrale Lohnfindung. Die „lohnpolitische Regel“ wird deshalb hier als ein makroökonomisches Stabilitätsfordernis verstanden, nicht als eine tatsächlich angewandte Regel der Lohnsetzung. Die Zielinflationrate wurde mit 2,5 % angesetzt, und die trendmäßige Produktivitätsentwicklung entspricht den Ergebnissen des Zustandsraummodells von Robert Gordon. Vgl. Robert Gordon: Exploding Productivity Growth: Context, Causes, and Implications. In: Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 2, 2003, S. 1–73.

4 Vgl. Alan Blinder und Janet Yellen: *The Fabulous Decade: Macroeconomic Lessons from the 1990s*. New York 2001.

5 Vgl. Charles Kindleberger: *Manias, Panics, and Crashes: A History of Financial Crisis*. 4. Aufl. New York 2000.

6 Vgl. Joseph Stiglitz: *The Roaring Nineties: Seeds of Destruction*. London 2003.

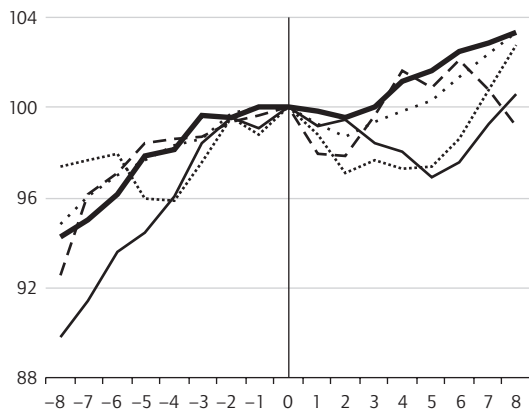
7 Vgl.: Die ökonomischen Folgen des neuen globalen Terrorismus. Bearb.: Tilman Brück. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 37/2002, S. 619–624.

Abbildung 3

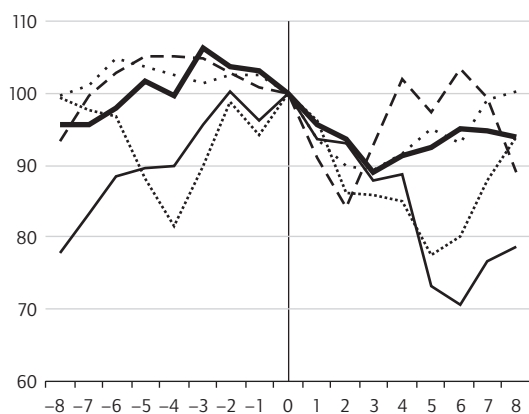
Bruttoinlandsprodukt, Investitionen und Konsum in Abschwungphasen

Höhepunkt des vorherigen Aufschwungs = 100

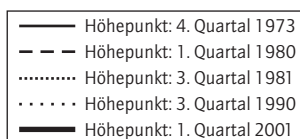
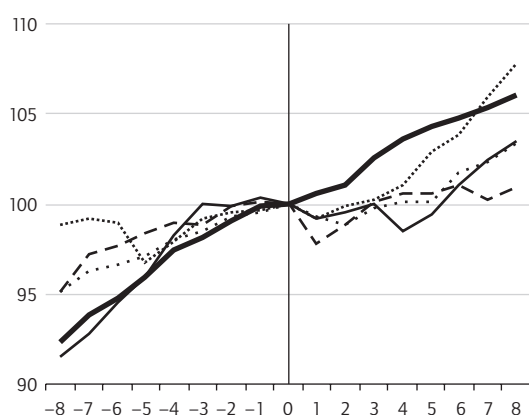
Bruttoinlandsprodukt



Investitionen



Konsum



Milder Rezessionsverlauf

Trotz dieses starken Einbruchs am Aktienmarkt verlief die Abschwächung – gemessen an den Verläufen vergangener Rezessionen – insgesamt ausgesprochen mild.

In Abbildung 3 ist die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts, der realen privaten Anlageinvestitionen und des realen privaten Verbrauchs jeweils zwei Jahre vor und nach dem Höhepunkt der jeweiligen Aufschwungphase dargestellt.⁸

Es zeigt sich, dass das Bruttoinlandsprodukt zuletzt deutlich weniger stark zurückgegangen ist als in früheren Rezessionsphasen. Dies lag vor allem an dem durch eine expansive Wirtschaftspolitik gestützten und ungewöhnlich stabilen privaten Verbrauch, der sich von der Abschwächung nahezu unbeeindruckt zeigte, während er in allen anderen Rezessionen zuvor gesunken war. Die Investitionen schrumpften; gemessen am Rückgang in den Rezessionen 1974 oder in der zweiten der „double-dip“-Rezessionen zu Beginn der 80er Jahre war der Rückgang jedoch moderat.

Für dieses ungewöhnliche Muster gibt es zwei Erklärungen. Zum einen hat – über einen längeren Zeitraum betrachtet – die konjunkturelle Volatilität in den USA und in vielen Industrieländern deutlich abgenommen.⁹ Diese Entwicklung war – mit dem Verweis auf den Wandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft, dem Wirken automatischer Stabilisatoren und den verbesserten Möglichkeiten, über Konsumkredite eine „Konsumglättung“ zu ermöglichen – schon in den 60er Jahren prognostiziert worden¹⁰ (Kasten). Insofern fällt die jüngste Rezessionsphase in eine Periode insgesamt geringerer Volatilität als frühere Rezessionen und ist damit nur bedingt vergleichbar.

Zum anderen – und das ist für die jüngste Rezessionsphase durchaus spezifisch – zeigte die Wirtschaftspolitik eine ausgeprägt starke antizyklische und diskretionäre Reaktion, die vor allem den privaten Konsum, aber auch die Investitionstätigkeit nicht zuletzt im Bereich der Wohnungsbauinvestitionen stabilisierte und den Rezessionsverlauf abmilderte.

⁸ Das „Business Cycle Dating Committee“ des National Bureau of Economic Research veröffentlicht regelmäßig eine Liste von oberen und unteren Wendepunkten der Konjunktur nach dem von Burns und Mitchell in den 40er Jahren entwickelten Konzept. Vgl. www.nber.org/cycles/recessions.html

⁹ Vgl. Brian Doyle und Jon Faust: Breaks in the Variability and Co-Movement of G-7 Economic Growth. Board of Governors of the Federal Reserve System, FRB International Finance Discussion Papers No. 786. Washington, D.C. 2003.

¹⁰ Arthur Burns: Progress Towards Economic Stability. In: American Economic Review, Bd. 50, Nr. 1, 1960, S. 2–19.

Kasten

Zur Abnahme der konjunkturellen Volatilität in den USA

Der Rückgang des Ausmaßes konjunktureller Schwankungen in den USA ist ein seit längerer Zeit beobachtbarer Prozess. Arthur Burns hatte in seiner Antrittsrede als Präsident der „American Economic Association“ schon 1960 zahlreiche Gründe angeführt, warum es zu einer Abnahme der Schwankungsstärke kommen sollte. Dazu gehören Produktionsveränderungen, der Übergang zu einer immer mehr dienstleistungsorientierten Wirtschaftsstruktur, Verbesserungen an den Kapitalmärkten, der Zugang zu Konsumentenkrediten und damit die Möglichkeit einer „Glättung“ der Konsumausga-

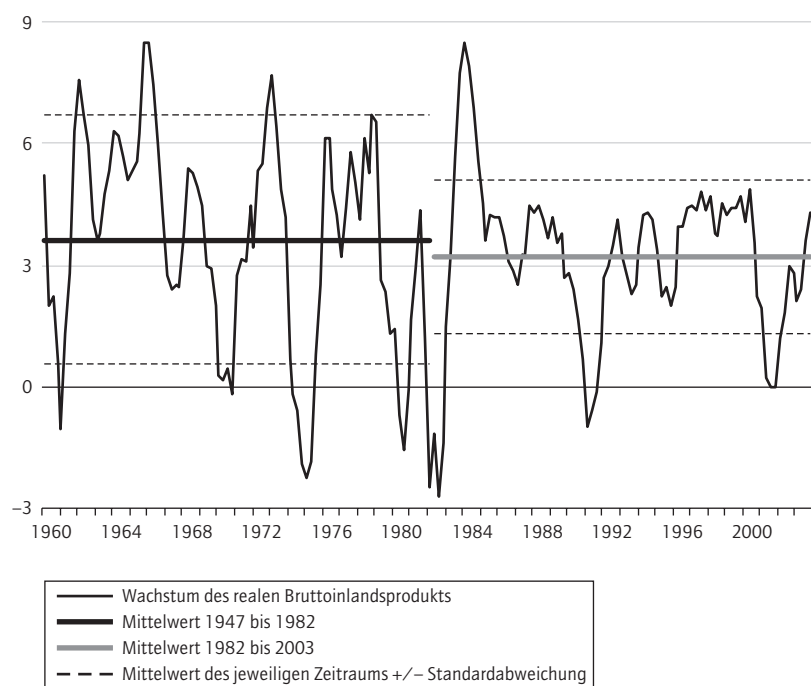
ben sowie das Wirken der automatischen Stabilisatoren der Fiskalpolitik.¹

In der Abbildung sind die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr zusammen mit dem Durchschnitt der Jahre 1948 bis 1982 sowie 1982 bis 2003 und einem Band aus dem jeweiligen Durchschnitt \pm den jeweiligen Standardabweichungen angegeben. Es zeigt sich, dass das Ausmaß der Schwankungen seit Beginn der 80er Jahre deutlich zurückgegangen ist. Die vorliegenden empirischen Arbeiten finden unterschiedliche Gründe für diese Veränderungen. Dazu gehören: Veränderungen in der Geldpolitik,² geringere Inflationsvolatilität³ und Veränderung der Lagerhaltung.⁴

Einiges deutet darauf hin, dass die Abnahme der Volatilität mit der Abnahme von exogenen Schocks – zu denen auch von der Zentralbank eingeleitete Disinflationsphasen gezählt werden können – erklärt werden kann. Der zumeist um die Jahre zwischen 1982 und 1984 datierte Strukturbruch in der Volatilität des Wachstums fällt zusammen mit dem Ende einer Disinflationsperiode, die von der US-amerikanischen Zentralbank unter Paul Volcker eingeleitet worden war, um persistente Inflationserwartungen zu brechen. Danach kam es zu keinen hartnäckigen Inflationsperioden in den USA. Es bestand auch keine Notwendigkeit mehr, über Anpassungsrezessionen Inflationserwartungen zu brechen.

Abbildung

Wachstum¹ und Volatilität



¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

¹ Vgl. Arthur Burns, a. a. O.

² Vgl. James Stock und Mark Watson: Has the Business Cycle Changed? Evidence and Explanations. In: Federal Reserve Bank of Kansas City: Monetary Policy and Uncertainty (im Erscheinen); James Stock und Mark Watson: Understanding Changes in International Business Cycle Dynamics. NBER Working Paper No. 9859. Cambridge, MA, 2003; John B. Taylor: Remarks for the Panel Discussion on „Recent Changes in Trend and Cycle“, 2000 (www.frbsf.org/economics/conferences/000303/papers/recent_taylor.pdf).

³ Olivier Blanchard und John Simon: The Long and Large Decline in U.S. Output Volatility. In: Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 1, 2001, S. 135–164.

⁴ Margaret McConnell und Gabriel Perez-Quiros: Output Fluctuations in the United States: What Has Changed Since the Early 1980s? In: American Economic Review, Bd. 90, Nr. 5, 2000, S. 1464–1476.

Deutliche Reaktion der Wirtschaftspolitik

Nach Einsetzen der Rezession schaltete die Geldpolitik sehr schnell auf „Expansion“ um. Von Januar bis Mai 2001 wurden die Zinsen fünfmal um jeweils einen halben Prozentpunkt gesenkt, danach im Juni und August um jeweils einen viertel Prozentpunkt. Nach den Anschlägen vom 11. Sep-

tember gab es umgehend eine weitere Senkung um einen halben Punkt. Es folgten weitere Zinssenkungen bis zum Frühjahr 2003. In der Folge fiel der geldpolitische Leitzins auf 1 %; real war er zeitweise sogar deutlich negativ.

Dieser kräftige geldpolitische Stimulus deutet darauf hin, dass die US-amerikanische Zentralbank

dem Ziel der Konjunkturstabilisierung eine hohe Priorität einräumte und die Lage insgesamt als sehr bedenklich einstufte. Insgesamt ging von der starken Zinssenkung kein inflationärer Impuls aus – im Gegenteil: Im Jahre 2002 erschien ein Bericht hochrangiger Zentralbankökonominnen, die vor den Gefahren einer Deflation warnten.¹¹ Insbesondere die Erfahrungen Japans zu Beginn der 90er Jahre hatten gezeigt, dass eine schnelle und kräftige Reaktion nach einer geplatzten Aktienmarktblase geboten erscheint. Insofern ist die Reaktion der Fed wirtschaftspolitisch verständlich.

Ebenso prononciert wie die Geldpolitik ging auch die Fiskalpolitik zu Beginn der Rezession auf Expansionskurs, vor allem durch eine deutliche Rückführung der Steuer- und Abgabenquote. Zu den zentralen Punkten des 2001 verabschiedeten Steuerreformprogramms gehörten eine Reduzierung der Steuersätze, die Erhöhung des Kinderfreibetrages, die (Wieder-)Einführung von steuerlichen Vergünstigungen für Ehepaare sowie die Abschaffung der Vermögensteuer. Darüber hinaus wurden nach den Anschlägen vom 11. September ein Ausgabenprogramm aufgelegt und im Rahmen eines im März 2002 verabschiedeten Konjunkturpakets Sonderabschreibungen auf Investitionen beschlossen.

Ein weiteres Konjunkturprogramm wurde im Frühjahr 2003 durchgesetzt. Darin wurden die zeitliche Begrenzung einiger Steuerermäßigungen zurückgenommen, ohnehin beschlossene Stufen der Steuerreform vorgezogen sowie die Dividendensteuer aufgehoben. Diese Politik führte zu deutlichen Mindereinnahmen. Simulationen des DIW Berlin mit einem vektorautoregressiven Modell deuten darauf hin, dass die durch die Steuerreform verursachten Ausfälle in der Größenordnung von 6 bis 8 % der staatlichen Einnahmen gelegen haben dürften; diese Angabe bezieht sich auf ein Referenzszenario ohne Steuerreform.¹² Das Ausmaß der Einnahmeausfälle ist deutlich größer, als die US-amerikanische Regierung bei der Verabschiedung der Steuerreform angenommen hatte.¹³ Auch die Staatsausgaben wurden in den vergangenen Jahren diskretionär deutlich ausgeweitet – insbesondere durch Aufwendungen im Sicherheitsbereich und die Vorbereitung und Durchführung des Krieges im Irak.

Insgesamt haben damit Geld- und Fiskalpolitik in außerordentlicher Weise antizyklisch reagiert. Dies hat dazu beigetragen, dass die Rezession milde ausfiel und auch der mitten in der ersten Erholungsphase einsetzende Schock durch die Terroranschläge schnell überwunden werden konnte.¹⁴

Ausblick: Starkes Produktivitätswachstum und „Twin Deficit“

In den vergangenen Jahren kam es zu einer deutlichen Zunahme der Produktivitätsentwicklung in den USA, die auch in der Rezession kaum abgeflacht ist. Spiegelbildlich dazu verlief die Beschäftigungsentwicklung außerordentlich flach (Abbildung 4).

Dass es zu keiner Abflachung der Produktivitätsentwicklung gekommen ist, wird mit verschiedenen Faktoren erklärt:¹⁵ Erstens ist es wahrscheinlich, dass es zu zeitverzögerten Produktivitätseffekten von IT-Investitionen auch in den Rezessionsjahren gekommen ist, deren Potential unter Kostendruck weitgehend ausgeschöpft wurde. Zweitens zogen die eingebrochenen Profite massive Kostensenkungsprogramme nach sich und steigerten die Produktivität zusätzlich; allerdings erklärt dies nur einen Teil der Produktivitätszuwächse. Drittens klaffen seit geraumer Zeit die jeweils über Firmen- und Haushaltsbefragungen ermittelten unterschiedlichen Beschäftigtenreihen auseinander. Während die Firmenstatistiken einen bis weit in das Jahr 2003 anhaltenden Rückgang der Beschäftigtenzahlen anzeigten, deuteten die Haushaltsbefragungen schon seit Ende 2002 auf eine Erholung am Arbeitsmarkt hin.¹⁶ Dies weist auf Probleme in der statistischen Erfassung der Beschäftigten hin, die durch die jährliche Anpassung der Unternehmensstichprobe behoben werden. Außerdem sind neue Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungsbereich entstanden, dessen Erfassung schwierig ist.¹⁷

Das insgesamt stabile Produktivitätswachstum gibt Anlass zur Hoffnung, dass die US-amerikani-

¹¹ Alan Ahearne et al.: Preventing Deflation: Lessons from Japan's Experiences in the 1990s. Board of Governors of the Federal Reserve System, FRB International Finance Discussion Paper No. 729. Washington, D.C. 2002.

¹² Um das Ausmaß der Einnahmeausfälle abzuschätzen, wurde für den Zeitraum 1982 bis 2000 ein vektorautoregressives Modell (VAR), bestehend aus den nominalen Staatseinnahmen und dem nominalen Bruttoinlandsprodukt, geschätzt. Alle Daten wurden logarithmiert und gingen im Niveau in die Schätzung ein. Die Anzahl der aufzunehmenden Verzögerungen wurde über das Minimum des Akaike- und Schwarz-Kriteriums ermittelt. Innerhalb des Schätzzeitraums zeigten entsprechende Tests keine Anzeichen für einen Strukturbruch an. Es wurden mit diesem Modell statische stochastische Simulationen für den Zeitraum 2001 bis 2003 durchgeführt. Es zeigte sich, dass die tatsächlichen Staatseinnahmen deutlich außerhalb eines Konfidenzbandes von ± 2 Standardabweichungen lagen; dies wird durch die gesunkene Steuer- und Abgabenbelastung bestätigt.

¹³ Vgl.: US-Wirtschaft im Abschwung – Wirtschaftspolitik steuert massiv gegen. Bearb.: Ulrich Fritsche. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 23/2001, S. 347–354.

¹⁴ Vgl.: Krieg und Wiederaufbau im Irak. Bearb.: Tilman Brück und Sven Schubert. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 18/2003, S. 291–297.

¹⁵ Vgl. Robert Gordon, a. a. O., S. 41 f.

¹⁶ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2003. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2003, S. 647.

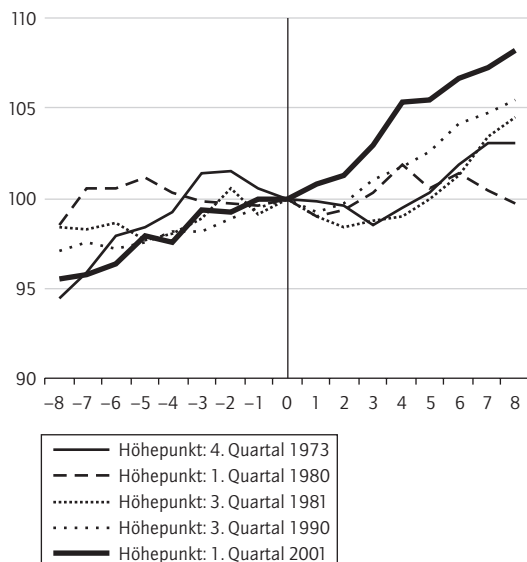
¹⁷ Eine wahrscheinliche Revision der Statistik dürfte deshalb auch zu einer leichten Anpassung der Produktivitätsentwicklung führen.

Abbildung 4

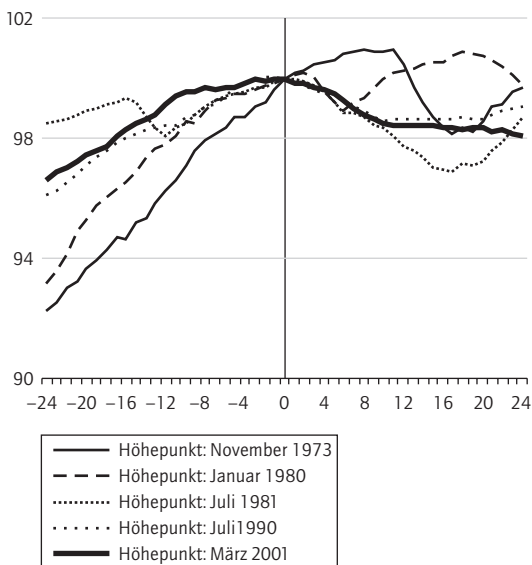
Produktivität und Beschäftigung in Abschwungphasen

Höhepunkt des vorherigen Aufschwungs = 100

Produktivität



Beschäftigung



Quellen: NBER; Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

sche Wirtschaft in den nächsten Jahren ein hohes Wachstum erreichen kann.

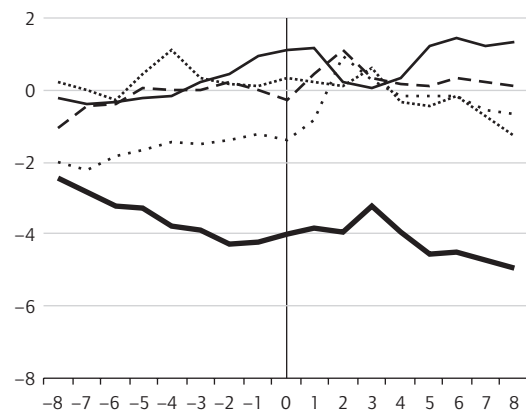
Allerdings bestehen durchaus Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Niedrige Zinsen und eine kräftige Steuerreduktion haben die privaten Konsumausgaben und die Wohnungsbauinvestitionen merklich angeregt. Trotz deutlich gestiegener Arbeitslosigkeit kam es nicht zu einer Kaufzurückhaltung, und die Sparquote blieb gering.

Abbildung 5

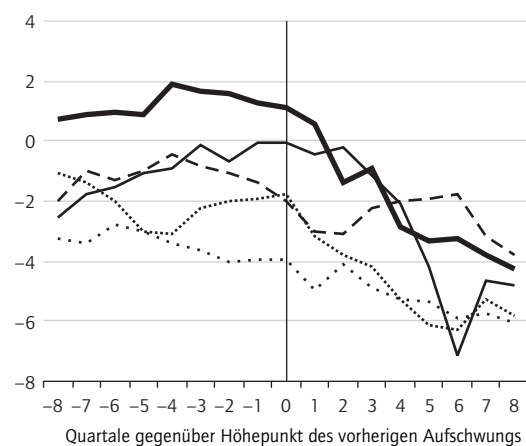
Leistungsbilanzdefizit und Fiskaldefizit in Abschwungphasen

In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Leistungsbilanzdefizit



Fiskaldefizit



Quellen: NBER; Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Der Rückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen war nicht kräftiger als in anderen Rezessionen, was angesichts der Aktienmarkteinbrüche erstaunlich ist. Gleichzeitig wurden aber auch Ungleichgewichte verstärkt; vor allem das fiskalische und außenwirtschaftliche Defizit sind gestiegen.

Da die staatlichen Einnahmen zurückgingen und die Ausgaben in der Summe deutlich expandierten, geriet der gesamtstaatliche Haushaltssaldo von einem Überschuss in Höhe von fast 2 % zu Beginn des Jahres 2000 in ein deutliches Defizit von zuletzt über 5 % (Abbildung 5).

Das ohnehin sehr hohe Leistungsbilanzdefizit nahm angesichts der beachtlichen Konsumnachfrage und des bis ins Jahr 2002 hinein hohen Wechselkurses des US-Dollar in der Tendenz weiter zu; im vierten Quartal 2003 lag es bei 4,7 % des Bruttoinlandsprodukts. Die in den USA zu beobachtende Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits im Verlaufe einer Rezession ist ein untypisches Phänomen. In den meisten früheren Rezessionen kam es sowohl zu einer gedämpften Einfuhr von Waren und Dienstleistungen als auch zu Wechselkursanpassungen und damit zu einer Korrektur der außenwirtschaftlichen Fehlbeträge. Die Wechselkursanpassung setzte sehr spät ein und zeigt erst allmählich ihre Wirkung.

Von dem fiskalischen Defizit gehen Gefahrenpotentiale für die konjunkturelle Erholung in den USA aus. Die Steuerreform in den vergangenen Jahren dürfte zu einer deutlich verringerten Aufkommenselastizität auf der Einnahmeseite geführt haben, d. h. die sich im konjunkturellen Aufschwung ergebende Verbesserung der fiskalischen Position über die automatischen Stabilisatoren wird im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen geringer sein. Gleichzeitig wird der Kampf gegen

den Terrorismus auch in den nächsten Jahren deutlich höhere Mittel binden, als noch vor Jahresfrist angenommen worden war.¹⁸ Damit besteht die Gefahr, dass die aktuelle Regierung zu diskretionären Sparmaßnahmen im Gesundheits- und Sozialbereich greift, die tendenziell beträchtliche negative Auswirkungen auf das Konsumklima haben dürften.

Dennoch stehen die Chancen für eine weiterhin positive Wirtschaftsentwicklung in den USA in den nächsten Jahren gut. Das Produktivitätswachstum ist kräftig, und das Leistungsbilanzdefizit dürfte sich in den nächsten Jahren angesichts des niedriger bewerteten US-Dollar nicht weiter erhöhen. Die Wirtschaftspolitik hat gezeigt, dass sie schnell und wirkungsvoll auf konjunkturelle Schwankungen reagiert und einem dauerhaft kräftigen gesamtwirtschaftlichen Wachstum hohe Priorität einräumt. Allerdings ist noch ungewiss, wie sie die notwendige fiskalpolitische Konsolidierung angehen wird.

¹⁸ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 16/2003.



Hinweis auf eine Veranstaltung

Annual Meeting of the European Public Choice Society (EPCS)

Berlin, 15. bis 18. April 2004

Im Auftrag der renommierten European Public Choice Society veranstaltet das DIW Berlin zusammen mit der Freien Universität Berlin sowie der Humboldt-Universität zu Berlin die 24. Jahrestagung. Der Kongress wird zum ersten Mal in Berlin stattfinden. Medienpartner ist „The Economist“.

Es werden mehr als 250 Teilnehmer-/innen aus Europa, Asien, Amerika und Australien erwartet. Ergänzend zu den Plenarsitzungen, in denen internationale Wissenschaftler-/innen zu aktuellen Themen referieren, tagen parallel Arbeitskreise zu verschiedenen Spezialthemen aus der Schnittstelle zwischen Politik und Ökonomie.

Die Vereinigung der Freunde des DIW Berlin, DaimlerChrysler, der Bundesverband Deutscher Banken, die Freie Universität Berlin sowie die Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin unterstützen die diesjährige Tagung des European Public Choice Society finanziell.

Weitere Informationen finden sich unter:

www.diw.de/english/produkte/veranstaltungen/epcs/index.html

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 120,-
Einzelheft Euro 11,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin